

# Linkes Bündnis

## Regierungsparteien schließen sich zusammen

Karl-Heinz Krämer

Als sich die beiden Parteien CPN-UML (*Communist Party of Nepal - Unified Marxist-Leninist*) und CPN-MC (*Communist Party of Nepal - Maoist Centre*) Anfang Oktober 2017 im Vorfeld der Parlamentswahlen zu einer linken Wahlallianz (*Left Alliance*) zusammenschlossen, bezweifelten viele Beobachter, dass dieses Bündnis funktionieren würde. Hatte sich doch in der Vergangenheit eine Kooperation dieser Parteien stets schwierig gestaltet. Bereits im Oktober vergangenen Jahres erklärten die führenden Politiker, sich tatsächlich zu einer einzigen Partei zusammenschließen zu wollen. Am 17. Mai 2018 erfolgte dieser Zusammenschluss zur *Nepal Communist Party* (NCP) nach langem Ringen um Details und Klärung innerparteilicher Machtfragen.

Schon die Bildung der linken Wahlplattform hatte sich als nicht ganz einfach erwiesen. Insbesondere die deutliche Reduzierung der zur Verfügung stehenden Wahlmandate war ein größerer Streitpunkt, wurde aber von den beiden Parteiführungen letztlich überraschend diszipliniert bewältigt. Dies war Voraussetzung für den überragenden Erfolg der *Left Alliance* bei den Wahlen unter dem Direktwahlssystem.

Am 15. Februar 2018 bildeten die beiden Parteien der *Left Alliance* die Regierung auf zentraler Ebene mit Khadga Prasad Sharma Oli als Premierminister. Auch die Exekutive in sechs der sieben Provinzen liegt in ihren Händen, da sie mit Ausnahme der Provinz 2 überall über satte absolute Mehrheiten verfügen.

### Schwierige Vorgespräche

Seither aber stagnierte der Prozess des vollständigen Zusammenschlusses der beiden linken Parteien. Wiederholt verstrichen diesbezüglich ge-

nannte Daten. Es war klar, dass vor dem Hintergrund der bevorstehenden Auflösung der alten Parteistrukturen und -gremien diverse Machtfragen geklärt werden mussten. Anders als bei der Auswahl der Kandidaten für die Wahlen ging es nun vielfach um die politische Zukunft jener Politiker, die sich bisher mehr oder weniger ungefährdet auf den oberen Ebenen ihrer Parteien etabliert sahen.

Ein besonderer Schwerpunkt dieser Diskussion war, wie viele Politiker aus jeder der beiden Parteien berücksichtigt werden sollten. Ursprünglich war ein Anteil von 60:40 zugunsten der bisherigen CPN-UML genannt worden. Je näher die Entscheidung rückte, desto klarer sprachen die Politiker der CPN-MC von einem 50:50-Verhältnis. Da-

bei hatte die CPN-MC nur rund ein Drittel der Wählerstimmen im Vergleich zur UML erhalten. Letztendlich einigte man sich auf einen Mittelweg. So wurde beispielsweise das Zentralkomitee (CC) der neuen Partei mit 441 Personen gebildet, von denen 241 von der bisherigen CPN-UML stammten. Die neue CPN wird bis zum nächsten Parteitag von einer Doppelspitze, KP Oli und Pushpa Kamal Dahal, geführt. Erst dann sollen Neuwahlen unabhängig vom bisherigen Parteihintergrund stattfinden.

Das aber waren alles Entscheidungen, die namentlich von den beiden Parteiführern Oli und Dahal getroffen wurden. In den Reihen dahinter war die Unzufriedenheit in beiden Parteien groß, und die Diskussionen werden



Pushpa Kamal Dahal und Khadga Prasad Sharma Oli im Zusammenschluss der linken Parteien (Kathmandu Post, 17.05.2018).

Bild: privates Archiv



Modi und Oli in Maithili-Tracht in Janakpur (Nagarik, 12.05.2018).

Bild: privates Archiv

wohl auch noch einige Zeit andauern. Sie könnten Nährboden für innerparteiliche Fraktionskämpfe sein, die so typisch für alle nepalischen Parteien sind.

### Verfehlte gesellschaftliche Inklusion

Als wesentlich gravierender ist zu sehen, dass von einer angemessenen Inklusion aller Gesellschaftsgruppen innerhalb der oberen Ebenen der neuen NCP überhaupt keine Rede sein kann. Beide Mutterparteien waren, wie alle nepalischen Parteien, von Männern aus den oberen Hindukasten dominiert, insbesondere Brahmanen. Diese haben die nun geringere Zahl an Posten unter sich ausgemacht. Obgleich die Verfassung beispielsweise vorschreibt, dass mindestens 33 Prozent der Mitglieder des Zentralkomitees einer Partei Frauen sein müssen, sind dies in der neuen NCP gerade einmal 16 Prozent. Natürlich haben die Parteioberen auch dafür eine Entschuldigung: Dies sei jetzt eine Sondersituation. Die erforderliche Zahl werde erst mit den Neuwahlen auf dem ersten Parteikongress erreicht. Bleibt der Fairness halber festzustellen: In den anderen politischen Parteien ist die Situation nicht viel anders.

Das Missverhältnis gilt auch in Bezug auf die ethnische Zusammensetzung des Zentralkomitees (CC) der neuen NCP. Mehr als 40 Prozent der Mitglieder kommen aus den oberen Hindukasten (Bahun und Chhetri). Dalits, Madheshi, Muslime und eth-

nische Randgruppen sind kaum vertreten. Gleiches gilt für die Zusammensetzung des Ministerrats.

Unklar ist weiterhin, ob der Parteiname bestehen bleiben kann. Für den Augenblick sieht es so aus. *Nepal Communist Party* ist der Name jener Partei, die 1949 im indischen Exil gegründet worden war. Erst um das Jahr 1990 setzte sich bei allen der damals zahlreichen kommunistischen Parteien Nepals der englische Name *Communist Party of Nepal*, verbunden mit diversen Zusätzen, durch. Im Nepali aber sind alle diese Parteien beim ursprünglichen Namen geblieben. Das Problem heute ist, dass unter eben diesem Namen bereits eine kleine und völlig unbedeutende politische Partei bei der Wahlkommission eingetragen ist. Dennoch hat die Kommission die neue Partei zumindest namentlich ebenso registriert.

### Welche Folgen hat der Zusammenschluss?

Im modernen Nepal hat es bisher keine Partei geschafft, eine derartige zahlenmäßige Dominanz zu erlangen. Diese Mehrheitsverhältnisse könnten also eine gute Voraussetzung sein, tatsächlich etwas zu bewegen. Die Tarai-Partei *Federal Socialist Forum-Nepal* (FSFN) ist seit 1. Juni 2018 auch noch an der Regierung beteiligt. Damit verfügt diese jetzt tatsächlich über eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten im Repräsentantenhaus und könnte somit die Verfassung ändern. Letzteres ist seit Langem das Anliegen der Tarai-Partei

und die NCP hat dem FSFN eine entsprechende Zusage gemacht.

Aber es bleibt auch festzuhalten, dass die neue Regierung nach 100 Tagen im Amt bisher äußerst wenig von dem in Gang gesetzt hat, was dringend notwendig wäre, um das neue föderale System tatsächlich zu institutionalisieren und arbeitsfähig zu machen. Bisher standen der Zusammenschluss der beiden Parteien der *Left Alliance* und die außenpolitischen Verhältnisse im Vordergrund.

Entsprechend der Tradition besuchte Premierminister Oli zunächst Anfang April Indien. Indiens Premierminister Modi erwiderte den Besuch einen Monat später. Auf den ersten Blick wirkt das Verhältnis der beiden Länder zur Zeit entspannt, ganz im Gegensatz zu Olis erster Amtszeit, die durch die Grenzblockaden von 2015/2016 geprägt war. Als besonders herzlich würde ich das Verhältnis der beiden Länder aber auch heute nicht bezeichnen.

Im Juni steht ein Staatsbesuch Olis in China an. China wird seit Jahren immer aktiver bei der Entwicklung der Infrastruktur. Vor dem Hintergrund von Gesprächen zu Straßenbau, Kraftwerken, Flughäfen und einem Anschluss an die Tibet-Eisenbahn wurden die Erwartungen hochgeschraubt.

Der gerade vorgelegte Haushaltsentwurf für das kommende Wirtschaftsjahr, der erste seit der Einführung des föderalen Systems, hat gemischte Reaktionen ausgelöst, selbst bei Abgeordneten der Regierungspartei. Es heißt, was das Land brauche, sei ein Quantensprung in der Wirtschaft, keinen nur schrittweisen Wandel. Das aber dürfte utopisch sein.

### Zum Autor

siehe vorherigen Artikel